

Europaweite Ausschreibung für Neubau von Kindergarten, Mensa und Kernzeit in Wilferdingen



Auf dem Gelände am Wilferdinger Kutscherweg, wo sich momentan ein Containeranbau der Schulen befindet, sowie im darunterliegenden Bereich „Im Kerr“ soll ein neues Kinder- und Jugendzentrum entstehen. Damit möchte die Gemeinde den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen und Betreuungseinrichtungen für die Schule dauerhaft lösen und die provisorischen Übergangslösungen beenden. Aufgrund der komplexen Aufgabe und der Bausumme wird der Gemeinderat eine europaweite Ausschreibung des Architektenwettbewerbs durchführen. Foto: Zachmann

Erste Kosten mit 7,8 Mio. Euro geschätzt

Die Planungen für ein Kinder- und Jugendzentrum am Wilferdinger Kutscherweg gegenüber der evangelischen Kirche sowie in unmittelbarer Nachbarschaft zur Grund- und Realschule werden konkreter: Der Gemeinderat hat bereits im Juni mehrheitlich beschlossen, auf dem Gelände, auf dem sich momentan ein Containeranbau der Schulen befindet, und im darunterliegenden Bereich „Im Kerr“, der zurzeit als Schulparkplatz dient, einen fünfgruppigen Kindergarten mit 75 Plätzen sowie 100 Kernzeit-Betreuungsplätze und eine Schulmensa für täglich bis zu 200 Mittagessen zu bauen. Damit hatten die Räte den jahrelang geplanten, wegen Hochwasser- und Naturschutz aber viel diskutierten Kindergarten-Standort „Im Bruch“ am Wilferdinger Pfinzufer gekippt.

Am Donnerstagabend gaben sie nun einstimmig grünes Licht für einen europaweiten Architekturwettbewerb. Philip Schmal vom Stuttgarter Planungsbüro Pesch und Partner, das mit der Wettbewerbsdurchführung beauftragt ist, erläuterte die Vorgehensweise – und nannte erstmals auch einen groben Kostenrahmen: Mit schätzungsweise 7,8 Millionen Euro sollen die allesamt dringend benötigten Betreuungsplätze zu Buche schlagen. Erst vor wenigen Monaten hatte die Gemeinde durch Anmietung eines privaten Wohnhauses die dritte Außenstelle des kommunalen Kindergartens am Römerhof eröffnet und sich im September für den Kauf des ehemaligen Forsthauses an der Hauptstraße für 600.000 Euro entschieden, um dort ebenso kurzfristig Kindergartenplätze zu schaffen. Auch die Kernzeit platzt aus allen Nähten. Ein leichtes Raunen ging durch die Runde, als Schmal die Kostenschätzung nannte und hinterherschob, dass er dabei von mittleren Standards ausgegangen sei und die Endsumme zwar niedriger, aber auch höher ausfallen könne: „Die Preise gehen im Moment durch die Decke.“

Der Container-Rückbau und eine Verlegung der Parkplätze sollen auch Platz für eine attraktive Freifläche bieten, in deren Gestaltung Kinder und Jugendliche mit einbezogen werden sollen. In der Ausschreibung verankert ist der Antrag der SPD-Fraktion, dass auch Angebote in nachhaltiger Massivholzbauweise zumindest als Alternative erwünscht sind. Die Preisgerichtssitzung soll bereits im Februar stattfinden. Dieter Walch (CDU) drängte eigentlich darauf, ein schon beauftragtes Verkehrsgutachten in die Planungen miteinfließen zu lassen: „Mit bereits jetzt einem kirchlichen Kindergarten samt Außenstelle, den Schulen und der Kirchengemeinde haben wir hier einen verkehrstechnisch neuralgischen Knotenpunkt, für den das richtige Konzept entscheidend ist“, unterstrich Walch, erfuhr aber von Bauamtsleiter Markus Becker, dass notwendige Zählungen die Planungen um mindestens ein halbes Jahr verzögern würden und daher parallel einfließen sollen. Klaus Fingerhut (Grüne) erinnerte an den Rechtsanspruch für Grundschulkindern auf Ganztagsbetreuung ab 2026. Auf Nachfrage von Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) erläuterte Kämmerer Gerd Kunzmann, dass die Gemeinde mit etwa einer Million Euro Zuschuss für den Kindergartenbau rechnen könne – mit Zuschüssen für eine mögliche Schulerweiterung aber erst dann, wenn eine Ganztagesbetreuung konkret umgesetzt wird. Hans Zachmann fragte, ob durch den Wettbewerb auch automatisch eine Bauverpflichtung entsteht. Ingenieur Schmal erläuterte, dass dies nicht der Fall ist. Text: Zachmann/Reichert

Geschäftsordnung des Gemeinderates ergänzt

Einstimmig vom gesamten Gremium unterstützt wurde der Antrag der FWV-Fraktion die Geschäftsordnung zu ergänzen, um eine formale Antragsstellung für eine Behandlung von Themen im Gemeinderat sicherzustellen. So sind Veröffentlichungen im Amtsblatt unter Fraktionen oder Parteien ebenso wenig ausreichend, wie Verlautbarungen in der Presse. Dadurch werden die in der Gemeindeordnung genannten Fristen nicht wirksam. Ein 3. Absatz in § 13 der Geschäftsordnung regelt nun, dass Anträge entweder in einer ordentlichen Sitzung des Gemeinderates bzw. eines beschließenden Ausschusses unter dem Tagesordnungspunkt „Fragen des Gemeinderates“ einzubringen oder auf schriftlichem oder elektronischem Weg direkt an den Bürgermeister zu stellen sind. Der Antrag soll zudem einen kurzen Erläuterungstext sowie einen ausformulierten Antrag enthalten.

Schulen erhalten Luftfilter

Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon informierte über einen Beschluss des Gremiums, die Schulen mit Luftfiltern auszustatten. Für schwer zu belüftende Räume ist dies bereits erfolgt. Jetzt ging es auch um die Zuschüsse für die restlichen Schulräume. Da die Zuschussmittel im „Windhund-Verfahren“ zugeteilt werden, waren eine schnelle Antragstellung und eine eilige Entscheidung notwendig. Die Verwaltung hatte vorsorglich einen Antrag auf 144 Geräte mit einer Beschaffungssumme von ca. 316.000 Euro gestellt. Die Mittel werden durch das schnelle Reagieren bereits von der zuständigen Genehmigungsbehörde eingeplant und reserviert. Mit großer Mehrheit hat bei der Entscheidung der Gemeinderat der Filtervariante mit UV Licht zugestimmt.

Foto: Archiv Reichert/Text: Reichert